

**Liebe Leserinnen, liebe Leser,**

in dieser Woche stand die Sitzung der US-Notenbank Federal Reserve im Fokus der Anleger. Die erneut zurückhaltende Positionierung der Währungshüter beflügelte die Anleihemärkte. Zehnjährige Bundesanleihen notierten sogar erstmals seit Oktober 2016 im negativen Bereich.

Die nach wie vor unklare Brexit-Situation sorgte hingegen für Unsicherheit an den europäischen Aktienmärkten.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihr Portfoliomanagement

Union Investment Privatkunden



# Marktticker



Wöchentliche Information zu den Kapitalmärkten 22. März 2019

## Inhaltsverzeichnis

### Aktien:

- Europäische Aktienmärkte können Gewinne nicht halten
- Glyphosat-Urteil lässt Bayer-Aktie einbrechen
- Deutsche Banken diskutieren mögliche Fusion

### Renten:

- Renten im Plus nach Fed Sitzung
- Italien überrascht mit einer möglichen Neuemission in China
- Aktualisierung von Bonitätseinschätzungen geplant

### Ausblick:

- Erneute Abstimmung über den May-Deal
- Konjunkturelle Frühindikatoren
- Verbraucherpreise aus Deutschland und Europa

## Kursveränderungen

Marktindikator	Stand	Wertentwicklung	
	am 22.03.2019 ca. 16:00	seit 15.03.2019	seit 28.12.2018
Dow Jones	25.656	-0,7%	11,2%
EURO STOXX 50	3.314	-2,1%	11,0%
Dax 30	11.415	-2,3%	8,1%
Nikkei 225	21.627	0,8%	8,1%
MSCI Emerging Markets	58.739	0,8%	10,3%
Euro-Leitzins	0,00%	0 BP	0 BP
Rendite 10-jähriger Bundesanleihe	-0,03%	-11 BP	-27 BP
Iboxx Euro Sovereign	240,06	0,5%	2,1%
Spread EMU Unternehmen- zu EMU-Staatsanleihen	88	3 BP	-15 BP
US-Leitzins	2,50%	0 BP	0 BP
Rendite 10-jähriger US-Treasury-Bonds	2,44%	-15 BP	-28 BP
Euro-Wechselkurs in USD	1,13	-0,4%	-1,5%
Ölpreis (WTI) in USD/Barrel	58,71	0,3%	29,5%

## Aktien

### Europäische Aktienmärkte können Gewinne nicht halten

Die Stimmung an den internationalen Börsen war bereits zu Wochenbeginn angespannt. Da der geplante Termin für den Brexit immer näher rückte, blickten die Anleger erwartungsvoll nach Großbritannien. Dort stoppte Parlamentspräsident John Bercrow am Montag die dritte Abstimmung über den Scheidungsvertrag zwischen Großbritannien und der Europäischen Union (EU). Er berief sich dabei auf eine Regelung aus dem 17. Jahrhundert, die es verbietet, innerhalb einer Sitzungsperiode über zwei identische Anträge abzustimmen. Premierministerin Theresa May bat die EU daraufhin um eine Verlängerung der Austrittsfrist bis zum 30. Juni. Auf dem EU-Gipfel am Donnerstag wurden dann zwei Optionen beschlossen: Falls das britische Parlament in der nächsten Woche das Austrittsabkommen annehme, werde bis zum 22. Mai ein geordneter Brexit stattfinden. Sollte das Unterhaus das Abkommen zum dritten Mal ablehnen, werde den Briten ein Aufschub bis zum 12. April gewährt. Bis dahin müsse Großbritannien den EU-Partnern einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen unterbreiten, welcher eine weitere Zustimmung der EU-Staaten benötigt. Die Brexit-Saga könnte sich demnach bis in den April dieses Jahres hinziehen. Der unklare Fortgang sorgt weiterhin für große Unsicherheit. Zur Wochenmitte sorgte außerdem die Nachricht über weiterhin stockende Handelsgespräche zwischen den USA und China für Ernüchterung an den Börsen. Auch Signale der US-Notenbank Federal Reserve, den Leitzins in diesem Jahr nicht mehr anzuheben, konnten keine positiven Impulse mehr liefern.

Sämtliche Aktienmärkte starteten mit Gewinnen in die Handelswoche, mussten diese zur Wochenmitte jedoch wieder abgeben. Während die Börsen in den USA und Japan die Woche schließlich mit einem Plus beendeten, konnten die europäischen Märkte die Verluste nicht wieder ausgleichen. Der US-Leitindex S&P 500 und der japanische Nikkei 225-Index verbuchten per Freitagnachmittag Gewinne von 1,2 und 0,8 Prozent. Der europäische EURO STOXX 50-Index und der deutsche

DAX-Index mussten auf Wochensicht jedoch 1,7 und 2,0 Prozent einbüßen. Insgesamt verzeichneten die globalen Aktienmärkte gemessen am MSCI World-Index einen Wertzuwachs von 0,9 Prozent.

### Glyphosat-Urteil lässt Bayer-Aktie einbrechen

Die Geschworenen-Jury des zuständigen Gerichts in San Francisco befand am Dienstag einstimmig, dass der Unkrautvernichter „Roundup“ der Bayer-Tochter Monsanto ein wesentlicher Faktor für die Krebserkrankung des Klägers gewesen sei. Die Aktie des Bayer-Konzerns brach daraufhin am Mittwoch zeitweise um über 13 Prozent ein. Das belastete auch den DAX-Index stark. Der Prozess geht nun vor derselben Jury in eine zweite Phase, in der geprüft wird, ob Monsanto die Risiken, die sich aus der Nutzung von Glyphosat ergeben, verschwiegen hat. Danach bemisst sich die Höhe der Schadensersatzzahlungen, die Bayer leisten muss. Der Ausgang des Prozesses ist für Bayer enorm wichtig, weil er als Musterfall für rund 11.200 weitere glyphosatbezogene Klagen dienen könnte.

### Deutsche Banken diskutieren mögliche Fusion

Nach monatelangen Spekulationen über eine mögliche Fusion der Deutschen Bank und der Commerzbank haben die beiden Geldhäuser am vergangenen Sonntag die Aufnahme von Gesprächen angekündigt. Zugleich betonten sie jedoch, dass ein Zusammenschluss noch nicht beschlossen sei. Erst in vier bis sechs Wochen soll entschieden werden, ob eine Fusion stattfinden wird. Die Gewerkschaft Verdi äußerte derweil Bedenken, der Zusammenschluss beider Banken könnte mit dem Verlust von bis zu 30.000 Arbeitsplätzen einhergehen. Auf Wochensicht verloren die Aktien der Commerzbank und der Deutschen Bank 2,2 beziehungsweise 5,5 Prozent an Wert.

## Renten

### Renten im Plus nach Fed Sitzung

Nach einem relativ impulslosen Handel blickten die Anleger am Mittwoch mit großer Spannung in die USA. Der Offenmarktausschuss der US-Notenbank Federal Reserve (Fed) verkündete seine Zinsentscheidung. Dabei bleibt das Zielband für den Leitzins, wie bereits von einem Großteil der Marktteilnehmer erwartet, unverändert bei 2,25 bis 2,5 Prozent. Zugleich signalisierten die Währungshüter, auch im weiteren Verlauf des Jahres geduldig zu sein. Die individuellen Prognosen der Notenbankmitglieder hinsichtlich der zukünftigen Zinsentwicklung, im Fachjargon „Dot Plot“, zeigen, dass bis Jahresende 2019 bestenfalls noch eine Zinsanhebung und bis 2021 bestenfalls noch zwei Zinsanhebungen anstehen. Das sind in Summe drei Zinsanhebungen weniger im Vergleich zur Sitzung im Dezember letzten Jahres. Auch mit Blick auf den Bilanzabbau drückt die Fed auf die Bremse. Die Verkürzung der Bilanzsumme soll bis Ende September abgeschlossen sein, wenn sich die Wirtschaft und die Bedingungen an den Finanzmärkten bis dahin wie erwartet entwickeln. Der monatliche Betrag für die Normalisierung der Bilanz soll ab Mai schrittweise reduziert werden. Zwischenzeitlich war das Portfolio der Fed im Kampf gegen die zurückliegende Wirtschaftskrise durch Wertpapierkäufe auf rund 4,5 Billionen Dollar angewachsen. Durch den Ankauf von Wertpapieren wurde dem Kapitalmarkt und letztlich der Realwirtschaft Liquidität zur Verfügung gestellt.

Die gesamtwirtschaftlichen Prognosen änderten sich gegenüber der Dezember-Sitzung nur leicht nach unten. Die Notenbank reduzierte ihre Erwartungen für das Wirtschaftswachstum um 0,2 auf 2,1 Prozent. Auf der Inflationsseite wurde die Teuerungsrate von 2,0 auf 1,9 Prozent korrigiert. Insgesamt sei aber der Ausblick laut des Präsidenten der Federal Reserve, Jerome Powell, weiterhin positiv. Die wirtschaftlichen Fundamentaldaten seien solide.

Die insgesamt weiterhin zurückhaltende Positionierung der Fed beflügelte die Anleihemärkte weltweit. Die Renditen der US Treasuries

kamen scharf zurück und fielen im mittleren Laufzeitenbereich sogar auf neue Jahrestiefs. Die richtungsweisenden zehnjährigen Rentenpapiere verbuchten zwischenzeitlich einen Renditerückgang von rund acht Basispunkten. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihen wurde am Donnerstag auf nur noch 0,03 Prozent gedrückt und handelte damit nicht mehr weit von der Nulllinie. Am Freitag stand dann sogar erstmals seit Oktober 2016 ein negativer Zins auf der Uhr. Während die Anleihemärkte insgesamt von der gedämpften Haltung der Fed profitierten, gerieten die Aktien der Deutsche Bank und der Commerzbank unter Druck, da niedrige Zinsen die Marge belasten.

### Italien überrascht mit einer möglichen Neuemission in China

Medienberichten zufolge planen die italienischen Schuldenmanager neues Geld einzunehmen, indem sie Staatsanleihen in China begeben. Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping soll dazu bei seinem Besuch in Rom eine Vereinbarung unterzeichnen. Damit wäre die südeuropäische Nation das erste westliche Industrieland, das Rentenpapiere in der chinesischen Landeswährung Renminbi emittiert. Die Primi der deutschen Automobilindustrie VW, Daimler und kürzlich auch BMW sowie Ungarn bedienten sich bereits dieser Praktik. Der chinesische Anleihenmarkt weckt mit seinem großen Volumen Interesse.

### Aktualisierung von Bonitätseinschätzungen geplant

Am Freitagabend ist für zahlreiche Staaten eine Aktualisierung der Bonitätseinschätzungen geplant. Dabei kann insbesondere die Begutachtung Spaniens durch die Ratingagentur S&P Global für Bewegungen an den Rentenmärkten sorgen. Spanische Anleihen sind insbesondere seit der Ankündigung langfristiger Liquiditätsoperationen (TLTROs II) durch die Europäische Zentralbank gefragt. Die Agentur verkündete bereits im Februar einen positiven Ausblick. Dennoch stellen die bevorstehenden Neuwahlen einen Risikofaktor für das Land dar. Aktuelle Umfragen signalisieren Schwierigkeiten bei der Bildung einer stabilen Regierung, wodurch die Bonitätswächter die erwartete Hochstufung auf A auf die nächste Überprüfung verschieben könnten.

## Ausblick

Die unklare Brexit-Situation wird auch in den nächsten Wochen die Kapitalmärkte beschäftigen. Sollte das Unterhaus das Abkommen zum dritten Mal ablehnen, wird den Briten von der Europäischen Union nur noch ein Aufschub bis zum 12. April gewährt. Bis dahin müsste dann auch ein Vorschlag zum weiteren Vorgehen unterbreitet werden. Das Dilemma erhält zusätzliche Brisanz mit Blick auf die im Mai bevorstehenden Wahlen des europäischen Parlaments.

Ansonsten stehen eine Reihe von konjunkturellen Frühindikatoren an. Der Markt erwartet ein leicht freundlicheres ifo-Geschäftsklima in Deutschland. Daneben werden auch die Entwicklungen der Verbraucherpreise in Deutschland und Europa veröffentlicht. Der Konsens geht hier von einer stabilen Entwicklung aus.

Ihr Portfoliomanagement  
Union Investment Privatkunden

## Termine

<b>Montag, 25.03.2019</b>	<b>DEU:</b> ifo-Geschäftsklimaindex (Mrz) <b>USA:</b> Chicago Fed National Activity Index (Feb)
<b>Dienstag, 26.03.2019</b>	<b>DEU:</b> GfK-Verbrauchervertrauen (Apr) <b>USA:</b> Verbrauchervertrauen (Mrz)
<b>Mittwoch, 27.03.2019</b>	<b>DEU:</b> DIW-Konjunkturbarometer <b>USA:</b> Handelsbilanzsaldo (Jan), Rohöllagerbestände
<b>Donnerstag, 28.03.2019</b>	<b>DEU:</b> Verbraucherpreise (Mrz) <b>USA:</b> BIP (Q4 annualisiert) <b>Q4:</b> Stada Arzneimittel AG
<b>Freitag, 29.03.2019</b>	<b>EU:</b> Verbraucherpreise (Mrz) <b>JPN:</b> Arbeitslosenquote

## Disclaimer

Die Inhalte in diesem Dokument wurden von der Union Investment Privatfonds GmbH nach bestem Urteilsvermögen erstellt und herausgegeben. Eigene Darstellungen und Erläuterungen beruhen auf der jeweiligen Einschätzung des Verfassers zum Zeitpunkt ihrer Erstellung, auch im Hinblick auf die gegenwärtige Rechts- und Steuerlage, die sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern kann.

Als Grundlage dienen Informationen aus eigenen oder öffentlich zugänglichen Quellen, die für zuverlässig gehalten werden. Für deren Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit steht der jeweilige Verfasser jedoch nicht ein. Alle Index- bzw. Produktbezeichnungen anderer Unternehmen als Union Investment werden lediglich beispielhaft genannt und können urheber- und markenrechtlich geschützte Produkte und Marken dieser Unternehmen sein.

Alle Inhalte dieses Dokuments dienen ausschließlich Informationszwecken. Sie dürfen daher weder ganz noch teilweise verändert oder zusammengefasst werden. Sie stellen keine individuelle Anlageempfehlung dar und ersetzen weder die individuelle Anlageberatung durch die Bank noch die individuelle, qualifizierte Steuerberatung. Für die Eignung von Empfehlungen zu Fondsanteilen oder Einzeltiteln für bestimmte Kunden oder Kundengruppen übernimmt Union Investment daher keine Haftung.

Dieses Dokument wurde mit Sorgfalt entworfen und hergestellt, dennoch übernimmt Union Investment keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit. Es wird keinerlei Haftung für Nachteile, die direkt oder indirekt aus der Verteilung, der Verwendung oder Veränderung und Zusammenfassung dieses Dokuments oder seinen Inhalt entstehen, übernommen.

Stand aller Informationen, Darstellungen und Erläuterungen:  
22. März 2019, soweit nicht anders angegeben.

## Ihre Kontaktmöglichkeiten

Union Investment Service Bank AG  
Weißfrauenstraße 7  
60311 Frankfurt am Main  
Telefon 069 58998-6060  
Telefax 069 58998-9000  
[www.union-investment.de](http://www.union-investment.de)

## Impressum

Union Investment Privatfonds GmbH  
Investment Office  
Weißfrauenstraße 7  
60311 Frankfurt